

Zwei Jahre Abgasskandal: Was ist jetzt zu tun?

Aufgaben für Politik und Autoindustrie

Der Abgasskandal jährt sich in Kürze zum zweiten Mal und noch immer sind viele Dinge ungeklärt. Nach wie vor sind mehrere Millionen Dieselfahrzeuge mit zu hohem Schadstoffausstoß auf unseren Straßen unterwegs und belasten damit die Luft in zahlreichen Städten. Die zentrale Aufgabe für Politik und Automobilindustrie ist es, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Dazu gehört, dass endlich gehandelt und nicht nur geredet wird. Alle nötigen Fakten sind auf dem Tisch. Jetzt muss es darum gehen, den Kommunen mit zu hoher Luftschadstoffbelastung sowie den betroffenen Menschen zu helfen. D.h.: die NO₂-Belastung muss schnell sinken, der Verkehr muss als Hauptquelle seinen wesentlichen Anteil leisten. Aber es geht auch darum, dass Halter von Fahrzeugen mit zu hohem Schadstoffausstoß nicht die Verfehlungen von Politik und Industrie ausbaden müssen, indem ihnen Fahrtbeschränkungen vor die Nase gesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Transformation der Autoindustrie in Richtung emissionsfreie Antriebe klug gesetzt werden.

Die konkreten Aufgaben für die Politik:

- Blaue Plakette einführen und gesetzliche Bestimmungen für die NO_x-Nachrüstung bei Fahrzeugen auf den Weg bringen
- Engmaschige Feldüberwachung für reale Abgas- und Verbrauchstests bei Fahrzeugen im Betrieb zum Standard machen
- Feldüberwachung nicht durch KBA sondern durch UBA
- EU-Ebene: derzeit laufende Reform der Typzulassungsrichtlinie stärken und nicht schwächen, mit
 - stärkere Kontrolle durch EU-Kommission ermöglichen,
 - Bezahlung von Prüfdiensten direkt durch Autohersteller beenden und künftig über einheitliches Gebührensystem regeln,
 - neben Schadstoffwerten auch die Überprüfung von CO₂-Werten mit aufnehmen.

Die konkreten Aufgaben für die Autoindustrie:

- Ehrliche Abgas- und Verbrauchswerte veröffentlichen
- Effektive Nachrüstlösungen entwickeln und weitgehend die Nachrüstkosten übernehmen
- Den Wechsel hin zu emissionsfreien Antrieben beschleunigen

Weitere Herausforderungen und Aufgaben für die neue Bundesregierung

Der Verkehr muss zum Klimaschutz beitragen. Der Klimaschutzplan 2050 gibt mit dem Ziel eines emissionsfreien Verkehrs die Richtung vor. Jetzt gilt es kluge Rahmenbedingungen zugunsten umweltschonender Verkehrsmittel zu setzen. Fehlende politische Entscheidungen führen zu Verunsicherungen, wodurch dringend notwendige Investitionen nicht getätigt werden. Daher benötigt die Industrie klare Vorgaben und Anreize. Dies schafft Planungssicherheit und sichert Investitionen in neue Technologien ab.

Die Vorschläge des VCD lauten:

- umweltschädliche Subventionen abbauen sowie Abgaben und Steuern im Verkehr am Verursacherprinzip orientieren:
 - Dieselprivileg abbauen und Energie auf Basis von CO₂ oder Energiegehalt besteuern,
 - Kfz- und Dienstwagensteuer konsequent am CO₂-Ausstoß ausrichten

- Infrastruktur für umweltschonende Verkehrsmittel ausbauen:
 - Ausbau einer adäquaten Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
 - gezielte Investitionen in den Öffentlichen Verkehr sowie für Radwege und Radabstellanlagen

- EU-Ebene: Einsatz für ambitionierte Fortschreibung der CO₂-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge bereits 2025 sowie rasche Einführung von CO₂-Grenzwerten für Lkw

Weitere Herausforderungen für die Automobilindustrie

Bei der Elektromobilität und den Mobilitätsdienstleistungen geben die Leitmärkte China und Kalifornien den Takt vor. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist es zentral, dass die heimische Industrie hier vorangeht, anstatt den Entwicklungen hinterherzulaufen. Um auch künftig wettbewerbsfähig zu sein, muss die deutsche und europäische Automobilindustrie den Wandel aktiv gestalten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der deutschen Autoindustrie das Gleiche wie Agfa und Kodak bzw. den Stromkonzernen widerfährt.

Kontakt:

Michael Müller-Görnert Referent für Verkehrspolitik • Fon 030/280351-19 • michael.mueller-goernert@vcd.org